# SOZIALISTISCHE GEWERKSCHAFTS-POLITIK

## Kein Kompromiß mit Kapitalinteressen

Vor Beginn dieser Tarifrunde beteuerte Otto Brenner, die IG Metall lasse sich von ihrer volkswirtschaftlichen Verantwortung von niemanden übertreffen. Das klingt auf Anhieb gut. Aus dem Blickwinkel eines Arbeiters und Angestellten wird aber aus diesem wohltönenden Satz eine totale Verkehrung der tatsächlichen Verhältnisse, eine Unterordnung unserer Interessen unter die Interessen des Kapitals, das Ende der gewerkschaftlichen Autonomie. Denn was so schön "Volkswirtschaft" genannt wird, ist in Wirklichkeit nach wie vor eine kapitalistische Wirtschaft, in der noch immer produziert wird zur

Die SOZIALISTISCHE GEWERKSCHAFTSPOLITIK wird vom Sozialistischen Büro, Offenbach + Göttinger Betriebszeitung, Göttingen herausgegeben zum 1o. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall vom 27. September bis 2. Oktober 1971 in Wiesbaden. Solidaritätspreis DM 1.--

SOZIALISTISCHE BETRIEBS KORRESPONDENZ

GÖTTINGER BETRIEBSZEITUNG

FÜR DEN ORGANISIERTEN KAMPF IN DEN BETRIEBEN

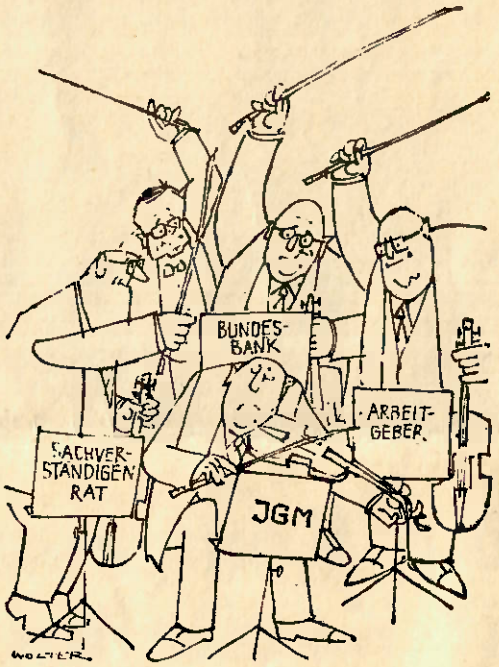
Wahrung und Mehrung des Profits und nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes. Da ändert auch kein SPD-Wirtschaftsminister etwas dran. Wenn das investierte Kapital keine gute Rendite bringt, wird der Laden dicht gemacht wie erst kürzlich bei Voigtländer in Braunschweig. Die entlassenen Arbeiter können sehen, wo sie bleiben. Das ist nach wie vor das kapitalistische Wirtschaftsgesetz, vor dem Otto Brenner seine Verbeugung macht. Bisher hatte nur Georg Leber, als er noch Gewerkschaftsvorsitzender war, sein Verständnis für Unternehmerinteressen so offen ausgedrückt. Er hatte das 1963 sehr klar ausgesprochen: "Wenn wir von anderen erwarten, daß sie auf uns Rücksicht nehmen, sind wir auch verpflichtet, den Rahmen zu bedenken, in dem wir als Arbeitnehmer Ansprüche an das Sozialprodukt stellen können. Wir gewinnen nichts, wenn wir nicht bereit sind, uns an bestehenden Tatbeständen zu orientieren ..."

## Wer setzt Sachzwänge?

Ist die Hinnahme kapitalistischer Tatbestände und Interessen die Linie des IGM-Vorstandes? Hans Mayr sagte vor kurzem in einem SPIEGEL-Interview: "Wer unsere diesjährigen Forderungen mit denjenigen des Vorjahres vergleicht, sieht ja, daß wir uns der Veränderung der Wirtschaftslage bewußt sind." Gibt sich unsere Gewerkschaft nun sogar freiwillig zur Anerkennung sogenannter technisch-ökonomischer "Sachzwänge" her? Wer setzt denn die Lohnleitlinien fest? Von Unternehmergewinnleitlinien haben wir noch nie etwas gehört! Im Gegenteil: da ist man mit Steuervorteilen, mit Investitionsanreizen und - wenn es mal trotzdem schiefläuft, wie z.B. bei der Ruhrkohle AG - mit Milliardensubventionen bei der Hand. Das kann Schiller sogar noch besser als seine Vorgänger von der CDU/CSU. Wer ist denn eigentlich der Dirigent der Konzertierten Aktion? Sieht man denn nicht, daß bei solchem Verhalten nicht nur die Tarifautonomie, sondern überhaupt die gewerkschaftliche Autonomie Stück für Stück aufgegeben wird?

## Tarifpolitik mit eigener Orientierung

Und überhaupt: Wie sieht es denn mit der Tarifautonomie tatsächlich aus? Seitdem es eine Tarifautonomie gibt, waren wir beim Abschluß unserer Tarifverträge so frei, jeweils Lohn- und Gehaltserhöhungen zu vereinbaren, die zwar unseren Lebensstandard verbessert haben - die Unternehmer und ihre Gewinne entzogen sich jedoch dem Zugriff. Dazu ein paar Zahlen: Das Durchschnittsnettoeinkommen der Arbeitnehmer stieg 1950 von 100 (Index) bis 1968 auf 345,6; das Nettoeinkommen der Selbständigen im gleichen Zeitraum jedoch von 100 auf 528. Dabei ist noch zu beachten, daß Arbeiter und Angestellte heute schon etwa 81 % der Bevölkerung ausmachen, in der Sparte "Selbständige" aber nur ein statistischer Durchschnittswert erfaßt ist. In Wirklichkeit sind aber darin ungeheuer große Einzeleinkommen verborgen, ab 100 000 DM aufwärts. Es ist bewiesen: In der Bundesrepublik haben die Unternehmer auf Grund unserer Leistung und auf unsere Kosten ein gewaltiges Vermögen angehäuft, das sie als eingesetztes Kapital in steigenden Prozenten vermehren. Man sieht: diese Art von Tarifautonomie funktioniert im Interesse der Unternehmer ausgezeichnet. Und mit den tatsächlichen Einkommen verändert sich die Rolle des Geldes: niedrigeres Einkommen gibt Verfügung über Verbrauchsgüter für den jetzigen Verbrauch, höheres Einkommen sichert die Verfügung über den späteren Verbrauch, noch höheres Einkommen gewährt Einkommen aus dem gebildeten Kapital, sehr hohes Einkommen gibt Verfügung über Menschen, gibt Macht und Ansehen in der Gesellschaft.




*Violinkonzert von Schiller, Köchelverzeichnis 7 bis 8 vH*

Unsere Gewerkschaft muß unabhängig sein, wenn wir mit ihr unsere sozialen und gesellschaftlichen Interessen nicht nur heute, sondern auch morgen und übermorgen durchsetzen wollen. Autonomie erfordert Eigenständigkeit in der Zielsetzung und Unabhängigkeit in der Verwirklichung dieser Zielsetzung. So ist die Entwicklung in einer Gesellschaft, in der die Produktion den menschlichen Bedürfnissen untergeordnet ist. Zu diesen Bedürfnissen gehört nicht nur die dauerhafte Sicherung unserer materiellen Lebensexistenz, sondern eine freie vielseitige Entwicklung unserer geistigen Fähigkeiten durch Bildung, psychische und physische Erleichterung der Arbeitsverhältnisse, Selbstbestimmung auf allen Ebenen und vor allem im Produktionsbereich. Das ist unsere langfristige Zielsetzung und die muß eingehen in alles, was heute unsere Gewerkschaft Schritt für Schritt tut. Deshalb ist die gewerkschaftliche Autonomie die wichtigste Voraussetzung,

die verteidigt und ausgebaut werden muß. Wir müssen den Vorstand einer ständigen Kontrolle unterwerfen. Es ist darüber zu wachen, wie er auf Maßnahmen und Offerten der Kapitalvertreter reagiert. Wenn die Gewerkschaft nur die Funktion erfüllt, die ihr im bestehenden System eingeräumt wird, nämlich nur geregelte Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit durch Tarifverträge herzustellen, dann haben sich die Gewerkschaften als Arbeiterorganisationen selbst aufgegeben.

## Was ist unsere Stärke?

Es spricht sich leicht aus: Unsere Macht ist die Solidarität, nicht nur im Streik, sondern auch im täglichen Arbeitsablauf. Aber diese Solidarität muß eingeübt werden. Diese Solidarität wächst nur im täglichen Kampf der Kollegen in den Betrieben, sie wächst mit den praktischen Erfahrungen und Erfolgen. Unsere Solidarität im Kampf ist die einzige Macht, die wir der organisierten Macht des Kapitals entgegenstellen können. Wer sich nur auf sein Verhandlungsgeschick in Spitzengesprächen verläßt, ist damit bereits denen ausgeliefert, gegen die wir zu kämpfen haben - auch wenn er das gegenüber den Kollegen verschleiert. Vorstände und Tarifkommissionen, die Spitzengespräche und - verhandlungen führen, haben sich inzwischen sehr weit von der Basis entfernt, die aber die einzige Macht darstellt, um "oben" etwas zu erreichen. Das haben die spontanen Streiks vom September 1969 gezeigt. Aber die haben die Gewerkschaftsführung eher erschreckt als ermutigt.

> "Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden System zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems." (Karl Marx: Lohn, Preis und Profit. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 16, S. 152) □

Sind denn Otto Brenner und andere gleichwertig, besser: gleichkräftig, wenn sie mit den Kapitalvertretern am Tisch sitzen, wenn sie in Bonn auftreten? Die andere Seite sitzt doch wohl nicht nur am Tisch, sondern hat ihre Leute, ihren Einfluß in viel stärkerem Maße als wir, in den Parteien, in der Staatsbürokratie, in der Presse. Es ist doch wohl nach wie vor so, daß, wer über die Produktionsmittel verfügt, auch die Macht im Staate in der Hand hat. Und das, obwohl mehr als 80 % der Bevölkerung der BRD Lohn- und Gehaltsempfänger sind. Aber diese 80 %, also wir und unsere Interessen, zählen nicht, wenn wir nicht auch unsere Macht einsetzen. Und das Instrument dieser Macht ist vor allem unsere Gewerkschaft. Die Vorstände sollen Organe dieser zu entwickelnden Macht sein und nicht Sozial- und Regierungspartner.

## Gewerkschaft und SPD

Da stellt sich aktuell natürlich die Frage: Sind die Gewerkschaften mit der SPD-Regierung verheiratet? Die Vorstände stellen, insbesondere auch in der Tarifpolitik, ihre Abhängigkeit von der gegenwärtigen Regierung und damit auch ihre Abhängigkeit von den Unternehmerinteressen (die uns fälschlicherweise als Gemeininteressen verkauft werden sollen) immer wieder unter Beweis. Wir aber meinen: die Gewerkschaft kann nur auf einer Seite stehen, sie ist die Organisation ausschließlich der Arbeiterklasse, muß also auch dieser Regierung gegenüber autonom sein. Sie ist und darf kein Transmissionsriemen der Regierungspolitik von oben nach unten sein oder werden. Wir müssen immer innerhalb der Gewerkschaften frei entscheiden, was dient unseren Interessen und was nicht. Und unsere Interessen reichen über das, was die SPD/FDP-Regierung kann oder nicht kann, will oder nicht will, über kapitalistische Interessengebundenheit weit hinaus. Unser Ziel ist eine humane, freie Gesellschaft, in der die Produktion den materiellen Bedürfnissen der Menschen dient, in der Arbeit keine Fron, sondern der Organisation und Verwaltung der Produzierenden selbst unterworfen ist, in der es keine Ausbeutung von Menschen durch Menschen gibt, sondern Frieden und Menschlichkeit.

Ist das ferne Utopie? Der gesellschaftlich produzierte Reichtum läßt das heute zu. Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktionsweise und privater Aneignung mit allen daraus resultierenden Krisen und Gefahren fordert seine Aufhebung. Eine darin einige Arbeiterklasse kann das erzwingen. Prüfen wir deshalb immer wieder die Strategie und Taktik unserer Organisation, der Gewerkschaft, daraufhin, ob sie dieser Aufgabe gerecht wird. □

---

I M P R E S S U M
Diese SOZIALISTISCHE GEWERKSCHAFTSPOLITIK ist eine gemeinsame Ausgabe der SBK und der GBZ. Sie gilt für Abonnenten der SBK als Nr. August/September. Die SOZIALISTISCHE BETRIEBSKORRESPONDENZ (SBK) wird hergestellt und vertrieben vom Sozialistischen Büro, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591, Telefon 0611-832593. Die GÖTTINGER BETRIEBSZEITUNG (GBZ) wird hergestellt vom Verein Göttinger Betriebszeitung e.V., 34 Göttingen, Rote Str. 1, Tefelon 0551-42617. Presserechtlich verantwortlich Albrecht Kieser, Göttingen.
Druck: A.W. Dunker, Frankfurt. □

# Zur Tarifauseinandersetzung '71

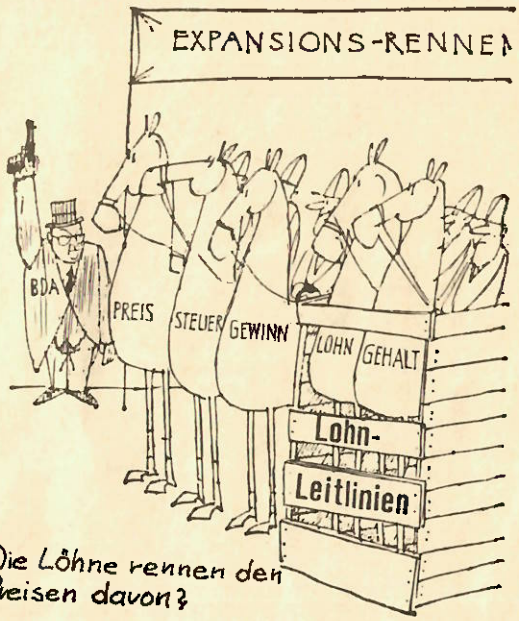
Bereits seit Juni haben wir Metallarbeiter in den einzelnen Bundesländern, besonders aber in den Großbetrieben, mit der Vorbereitung der Lohnbewegung begonnen. Bei Ford in Köln, in der Westfalenhütte Dortmund, bei Klöckner in Bremen und in anderen Stahlhütten, in AEG-Betrieben haben die Belegschaften und Vertrauensleute Lohnforderungen von 14 bis 17 % (auf den Ecklohn) erhoben, und zwar in der Form einer linearen Lohnerhöhung - gleiche Pfennigsätze für alle Beschäftigten. Die Forderungen schwanken zwischen 65 bis 85 Pfennig pro Stunde, ganz gleich, in welche Lohngruppe die Arbeiter eingestuft worden sind. Energischer als bisher wird außerdem die Streichung der unteren Lohngruppen verlangt. Wie sehr die Metallarbeiter um höhere Einkommen kämpfen, beweisen die 174 Anträge zur Tarifpolitik an den Gewerkschaftstag.

## Vorstandstaktik

Während wir Metallarbeiter unsere Forderungen diskutierten und anmeldeten, war es in der zentralen Vorstandsverwaltung erstaunlich ruhig. Auch von den Funktionären in den Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen war bis zum 3o. August nicht zu erfahren, welche Forderungen unsere Gewerkschaft erheben würde. Die Gründe für das Schweigen des Vorstandes und der Bezirksleitungen sind nicht schwer zu erraten. Otto Brenner und seine Vorstandskollegen haben sich verpflichtet, die an den Interessen des Kapitals orientierte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen. Dabei verwickelt der Vorstand sich mit seinen Reden und Erklärungen immer mehr in Widersprüche. Während den Mitgliedern und Funktionären gesagt wird, daß Schillers Lohnleitlinien abgelehnt werden, hat Otto Brenner auf der 7. Angestelltenkonferenz in Dortmund erklärt, "daß es im Interesse aller liege, die Stabilitätspolitik der Bundesrepublik zu unterstützen." Die Frankfurter Allgemeine Zeitung zitiert Brenner und schreibt: "Brenner hebt ausdrücklich hervor, daß die wirtschaftliche Lage für die Tarifbewegung 1971 eine Wiederholung der Ergebnisse von 1970 nicht zuläßt. Die Konjunktur hat sich abgekühlt, die währungspolitischen Vorgänge der letzten Wochen und Monate haben neue Daten gesetzt."

## Schiller im IGM-Vorstand?

Diese Äußerungen Brenners sind eine Absage des Vorstandes an die aktive Lohn- und Gehaltspolitik, wie sie aus den Betrieben gefordert wird. Mit der Klausurtagung vom 3o. August hat der Vorstand dann die Katze aus dem Sack gelassen. Den Bezirksleitungen wurde aufgetragen, Lohn- und Gehaltsforderungen zwischen 9 und 11 % anzumelden. Daran haben sich die Bezirke gehalten und in allen Tarifgebieten haben die Tarifkommissionen entsprechende Beschlüsse gefaßt und damit die Forderungen aus der Mitgliedschaft in den Wind geschlagen.



Die Löhne rennen den Preisen davon?

Bezeichnend für die Vorstandspolitik ist der Vorschlag der Großen Tarifkommission von NRW. Die Verhandlungskommission unter Leitung des Bezirksleiters Manowski hatte zu Beginn der Beratung vorgeschlagen, daß 9 % inclusive eines 13. Monatsgehalts gefordert werden sollten. Dazu ist zu bemerken, daß das 13. Monatseinkommen keine finanzielle Belastung der Unternehmer bedeutet, denn Wednachtsgeldzuwendungen, Gewinnbeteiligungsprämien sind anrechenbar und für die Unternehmer "kostenneutral". In der Sitzung der NRW-Tarifkommission ist es zu harten Auseinandersetzungen gekommen, so daß die Beratungen unterbrochen werden mußten. Es ist verbürgt, daß man den Kollegen der Tarifkommission, die die Forderungen aus den Betrieben vertreten haben, zugerufen hat: "Wollt ihr denn die Regierung stürzen." Schließlich konnte die Verhandlungskommission wenigstens gezwungen werden, 9 % und die stufenweise Einführung des 13. Monatseinkommens zu fordern.

## Vorstand gegen Forderungen aus den Betrieben

Es ist bekannt, daß es die Bezirksleitungen auch andernorts schwer hatten, die Linie des Vorstandes durchzusetzen. Doch in ihren Mehrheitsentscheidungen für 9 bis 11 % haben die Tarifkommissionen die Forderungen aus den Betrieben mißachtet und sich der Vorstandskommission unterworfen. Diese Haltung der Tarifkommissionen und des Vorstandes zeigt ganz klar, an wessen Interessen sie sich orientieren: Nicht die Forderungen aus den Betrieben, die

einzig und allein unsere Interessen wiedergeben, werden übernommen und vereinheitlicht, stattdessen werden Forderungen aufgestellt, die befürchten lassen, daß der tatsächliche Abschluß innerhalb der Schillerschen-Lohnleitlinien liegen wird. Was aber bedeutet diese Haltung der Tarifkommissionen und des Vorstandes für uns?

### Preissteigerungen

Wir dürfen nicht glauben, daß es nächstes Jahr keine oder nur sehr geringe Preissteigerungen gibt. Im letzten Jahr sagte Schiller, die Preissteigerungen würden höchstens 3,5 % betragen. Daraus sind 5,2 % geworden! Teilweise sind die Preise sogar noch höher gestiegen: Mieten bis zu 1o %, Heizöl bis zu 25 % und Kfz-Versicherung bis zu 4o %. Auch 1972 wird die Entwicklung ähnlich sein!

### Steuererhöhungen

Die gesamten Steuereinnahmen werden immer mehr von der Arbeiterschaft getragen: der Anteil der Lohnsteuer an den Steuereinnahmen ist in den letzten 5 Jahren um über 5o % gestiegen. Der Anteil der Steuern für Unternehmergewinne ist um 25 % gesunken! Die Gewinne der Unternehmer sind dagegen um über 4o % gestiegen. Darüber hinaus wird den Arbeitern und Angestellten durch die Erhöhung der Verbrauchersteuer noch mehr von ihrem Lohn und Gehalt abgenommen: Nächstes Jahr steigt die Branntweinsteuer um 25 %, die Zigaretten werden durch die Erhöhung der Tabaksteuer um 2 Pfennig teurer und das Benzin um 4,5 Pfennig pro Liter.

### Prozentuale Lohnsteigerungsraten

Durch prozentuale Lohnsteigerungsraten vergrößern sich die Unterschiede zwischen den einzelnen Lohngruppen immer mehr. Durch solche Forderungen wird nicht die für uns notwendige Solidarität zwischen den Kollegen gefördert.

Durch Preissteigerungen, Steuererhöhungen und Lohnabbau senken die Kapitalisten unseren Lebensstandard. In dieser Situation sind Lohnsteigerungen zwischen 9 und 11 % als völlig unzureichend zu betrachten. Was beinhalten dagegen die Forderungen, die aus den Betrieben kommen?

### Lineare Lohnerhöhung von mindestens 13o DM

Diese Forderung, von Vertrauensleuten von Hoesch (13o DM), Klöckner (138 DM), Ford (147 DM) und Göttinger Betrieben (13o DM) erhoben, orientiert sich klar

## Am Beispiel Klöckner

Wie der Vorstand uns Metallarbeitern in den Rücken fällt, zeigt das Beispiel Klöckner Bremen. Die Vertrauensleute von Klöckner hatten für die Tarifrunde 71 gefordert: 8o Pfennig linear mehr pro Stunde für jeden Arbeiter und 138 DM linear mehr pro Monat für jeden Angestellten (in Prozent ausgedrückt käme das etwa einer Erhöhung von 17 % auf den Ecklohn gleich). Damit konnten sich die Kollegen auch in der Tarifkommission durchsetzen. Wohl wurden die Forderungen nicht für den ganzen Bezirk Unterweser übernommen, außer für Klöckner wurde für die anderen Betriebe von der Tarifkommission die 11 %-Forderung der Vorstandszentrale übernommen. Damit standen die Metallarbeiter von Klöckner aber im Widerspruch zu Brenners Parole: "Wir sind uns klar darüber und bedürfen keinerlei volkswirtschaftlicher Belehrung, daß die wirtschaftliche Lage eine Wiederholung der Ergebnisse des Vorjahres nicht zuläßt." Brenner kündigte Maßnahmen gegen die Bremer Kollegen an und der Vorstand beschloß: 138 DM im Monat mehr ist zuviel! Auch für Klöckner wird nur 11 % gefordert. Meint Brenners Berater Werner Thönessen: "Schiller wird sich freuen." Und die Unternehmer auch! □

**IGM VORSTAND**

**ist wieder mal**

**SCHILLERHAFT**

Karikatur aus: MITMISCHER Betriebszeitung für die Klöckner-Hütte Bremen

an unseren Bedürfnissen. Das macht die von den Vertrauensleuten bei Hoesch aufgestellte Rechnung deutlich: Die Kollegen von Hoesch stellen die Frage, wie hoch sind die monatlichen Unkosten für eine Arbeiterfamilie mit 2 Kindern?

| | |
|---|---|
| Miete (3-Zimmer-Wohnung ca. 7o qm) | rd. DM 26o |
| Heizungskosten | rd. DM 4o |
| Strom, Wasser etc. | rd. DM 4o |
| Fahrten zur Arbeit | rd. DM 3o |
| Nahrungsmittel | rd. DM 48o |
| insgesamt | rd. DM 85o |

Es verbleibt also nur ein Betrag von ca. DM 15o für Kleidung, Freizeit, Urlaub, Reinigungskosten, Radio, Fernsehen, Zeitung und andere Bedürfnisse, wenn ein monatliches Nettoeinkommen von ca. DM 1ooo vorliegt. In dieser Rechnung sind noch keine Ausgaben für notwendige Versicherungen oder Ausbildungskosten für die Kinder und deren Aussteuer enthalten.

## Anhebung der unteren Lohngruppen

Im Zusammenhang mit der Forderung nach linearer Lohnerhöhung ist die Forderung nach Anhebung der unteren Lohngruppen zu sehen. Beide Forderungen sollen dazu dienen, unsere Solidarität zu stärken. Die Unternehmer versuchen mit den verschiedensten Methoden der Einstufung die Konkurrenz und Uneinigkeit der Kollegen untereinander herbeizuführen und zu verstärken. Denn vor nichts hat der Unternehmer mehr Angst als vor einer einigen Belegschaft, die ihre Interessen gemeinsam vertritt. Aus diesen Gründen müssen wir gegen das Lohngruppensystem kämpfen. Ein erster Schritt dazu ist die Forderung, die Lohngruppe I auf 8o % anzuheben. Dabei soll die Lohngruppe VIII mit 1oo % die Ecklohngruppe bleiben. Die Lohngruppen II bis VII müssen dann im Bereich von 8o bis 1oo % neu festgelegt werden. Dadurch wird der Abstand zwischen den Lohngruppen unterhalb des Ecklohns erheblich geringer, und praktisch fallen die alten Lohngruppen I und II weg. Damit wird die Methode der Unternehmer außer Kraft gesetzt, durch Einstufung in die unteren Lohngruppen das Lohnniveau unter das lebensnotwendige Minimum zu drücken; viele Frauen sind gerade deshalb gezwungen mitzuarbeiten.

## Öffnungsklausel für betriebsnahe Tarifverträge

Lohnfragen sind Machtfragen. Die Durchsetzung unserer Forderungen hängt von unserer Solidarität und Kampfbereitschaft ab. Diese ist aber von Betrieb zu Betrieb verschieden. Außerdem sind die Bedingungen , unter denen wir unser Geld verdienen müssen, zum Teil von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich. Durch betriebsnahe Tarifverträge können wir Einfluß auf die Arbeitsbedingungen nehmen, können wir betriebliche Zusagen absichern und damit auch die Effektivverdienste voll absichern. Außerdem können kampfbereite Belegschaften mehr herausholen und damit als Beispiel für noch zurückhaltende Arbeiter dienen.

## Angleichung: Effektiv- und Tariflohn

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Unternehmer die übertariflichen Löhne immer dann ersatzlos streichen, wenn ihre Profite nicht mehr schnell genug steigen. Eine solche Lohnkürzung trifft uns empfindlich: wir müssen mit jeder Mark rechnen, um über die Runden zu kommen. Deshalb müssen die Effektivlöhne abgesichert werden.

Diese Darstellung zeigt deutlich, daß die einzig richtigen Forderungen für uns aus den Betrieben kamen. Richtig, weil sie allein ausgehen von unseren Bedürfnissen, weil sie unsere Interes-

senlage wiedergeben, weil nur sie allein unsere Situation im Betrieb absichern und verbessern. Daraus ist zweierlei zu schließen:

Erstens: Für zukünftige Tarifverhandlungen ergibt sich die Notwendigkeit, den Kampf um die Ausgangsforderungen früher, machtvoller und umfassender aufzunehmen als bei der jetzigen Tarifrunde. Wir müssen unsere Forderungen mit unseren Kollegen diskutieren, möglichst viele von unseren Forderungen überzeugen, den Tarifkommissionen klarmachen, daß sie als unsere Vertreter bei den Tarifverhandlungen auch unsere Forderungen durchzusetzen haben und innerhalb der Gewerkschaft darauf hinarbeiten, daß nicht mehr der Vorstand letztlich entscheidende Instanz dafür ist, welche Forderungen aufgestellt werden und wann abgeschlossen wird, sondern daß wir selbst diese letzte Instanz darstellen müssen.

Zweitens: Für die jetzige Tarifrunde - nachdem es den Tarifkommissionen und dem Vorstand noch einmal gelungen ist, unsere Forderungen zu übergehen - kommt es darauf an, Vorstand und Tarifkommissionen unter Druck zu setzen, damit ein Abschluß erreicht wird, der wenigstens eine minimale Absicherung unseres Lebensstandards bedeutet, also über den Lohnleitlinien liegen muß. Wer das erreichen will, darf die 9 bis 11 %-Forderung nicht als Verhandlungsforderungen begreifen, von denen ja sowieso noch einige Prozente fallengelassen werden, sondern muß bereit sein, im Betrieb aktiv durch Streik für diese Forderungen zu kämpfen. (In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, daß bei jeweils weitaus höheren Forderungen im Bergbau 7,3, in der Chemie-Industrie 6,5 und in der Textilindustrie 6 % Lohnerhöhungen ausgehandelt wurden; also unter Schillers Lohnleitlinien, die bei 7,5 % liegen.)

## Jedes Ergebnis höher als 7-8 Prozent ist nur durch Kampfaktion im Betrieb zu verwirklichen

Dieses Mal haben wir die Möglichkeit, mit einem Gewerkschaftstag während der Tarifrunde den Vorstand massiv unter Druck zu setzen. Die Kollegen in den Betrieben, die Vertrauensmänner und Betriebsräte sollten mit Aktionen, sowie in Telegrammen und Entschließungen an den Gewerkschaftstag vom Vorstand eine härtere Verhandlungsführung fordern. Es zeichnet sich ab, daß die Tarifauseinandersetzung in den einzelnen Bezirken erst im Monat Oktober stattfinden werden, dann, wenn der Gewerkschaftstag vorüber ist. Solange dürfen wir nicht warten. Der Gewerkschaftstag muß im Zeichen der Lohnauseinandersetzung stehen.

Wir Metallarbeiter müssen auf der Hut sein. Die Unternehmer und große Teile der Presse beginnen mit einer Hetzkampagne gegen unsere Lohnforderungen. Die Dollar-Krise wird als Schreckgespenst an die Wand gemalt. Betriebsstillegungen, Kurzarbeit und Massenentlassungen, die wir bei Voigtländer, Hanomag, Olympia und anderen Betrieben in der letzten Zeit erlebt haben, werden dazu benutzt, um Angst und Schrecken zu verbreiten. Wir dürfen uns jedoch nicht irremachen lassen. Die unverschämten Preissteigerungen bei Strom, Wasser und den Verkehrstarifen, bei Lebensmittel und Bekleidung sind Ausdruck eines rücksichtslosen Gewinnstrebens. Die Unternehmer und andere Gruppen denken nicht im Entferntesten daran, einen Beitrag zu Schillers "Stabilisierungspolitik" zu leisten. Immer wollen sie nur, daß der kleine Mann Opfer bringt und auf seine Forderungen verzichtet. Wir sollten den Unternehmern, der Presse und der Regierung zeigen, daß wir unsere Forderungen durchsetzen und die Betriebe streikbereit machen. □

## Betriebsverfassungsgesetz

Fortsetzung des Artikels von S. 14-15

Die Auseinandersetzungen um die Verabschiedung des BVG 1952 waren fixiert auf die parlamentarische Bühne: der Grundirrtum war, die Wiederherstellung der kapitalistischen Verhältnisse im Nachherein durch ein besseres Gesetz rückgängig machen zu können. Es herrschte die falsche Hoffnung, vom Parlament ein den wahren Machtverhältnissen gegenüber günstigeres Gesetz zu erhalten. Darin zeigt sich die damalige und heutige Verkennung des Klassencharakters des Staates durch die Gewerkschaftsführungen.

Als der SPD/FDP-Regierungsentwurf zur Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, drohte Heinz Oskar Vetter, Vorsitzender des DGB, "erbitterten Widerstand" an. Und Otto Brenner sagte uns: wie: auf Gewerkschaftskonferenzen, in Gewerkschaftszeitungen und "im direkten Gespräch mit Vertretern von Bundestag und Bundesrat" soll die gewerkschaftliche Auffassung zum BVG vorgetragen werden (Otto Brenner in: Der Gewerkschafter Nr. 1a/171, S. 129).

In der ersten Septemberhälfte zeigte sich, was dabei herauskam: "Im vollen Einvernehmen" mit der FDP (so SPD-Schellenberg) hat die SPD die Gesetzesvorlage noch weiter verschlechtert. Während der Regierungsentwurf bisher die bedingte Zulassung politische Betätigung des Betriebsrates im Betrieb enthielt, sieht der Änderungsvorschlag ein grundsätzliches Verbot parteipolitischer Betätigung im Betrieb vor. Angeblich wurde das Recht der Gewerkschaftsvertreter auf Zugang zum Betrieb "klargestellt". Während lt. erstem Regierungsentwurf Gewerkschaftsfunktionäre nur "im Benehmen mit dem Arbeitgeber und dem Betriebsrat" Zugang zum Betrieb hatten, soll jetzt das Recht auf Zugang nur noch mit der Pflicht zur "Unterrichtung" des Arbeitgebers verbunden sein. Unverändert bleibt, daß die Unternehmer den Zugang verweigern können, "soweit dem nicht unumgängliche Notwendigkeiten des Betriebsablaufs, zwingende Sicherheitsvorschriften oder der Schutz von Betriebsgeheimnissen entgegenstehen."

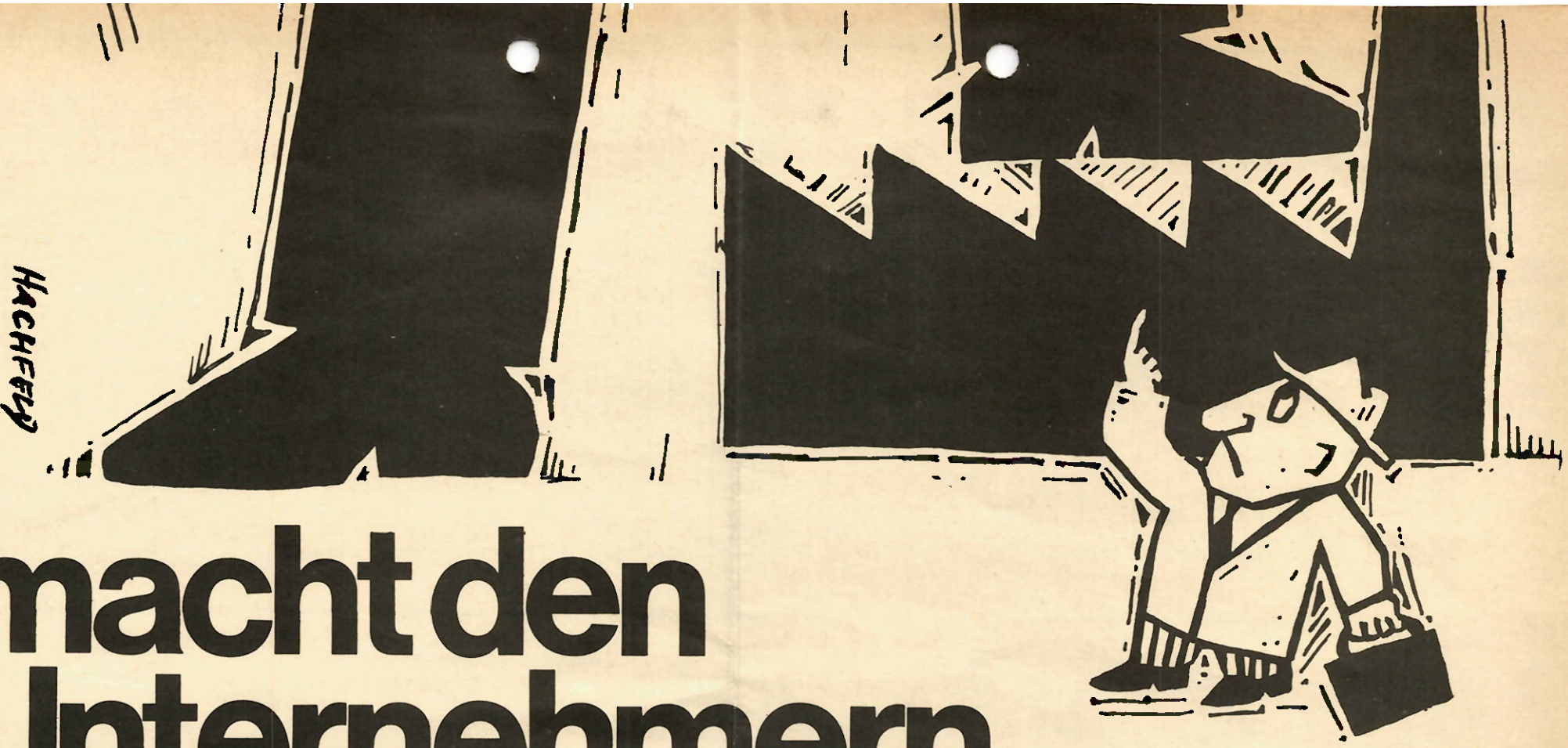
Die Gewerkschaftsführung protestiert gerade soviel, daß die Arbeiterschaft ruhig bleibt und sie verschaffen dem arbeiterfeindlichen Gesetz damit eine demokratische Legitimation. Der Kampf gegen dieses BVG muß demnach zwei Richtungen haben:

* Organisierter Kampf in den Betrieben, der die Unternehmer zwingt, Machtpositionen der Arbeiterschaft zu dulden, die über das Gesetz hinausgehen;
* Innerhalb der Organisation zähe Arbeit mit dem Ziel, dem Kampf in den Betrieben die Unterstützung der Organisation zu sichern. □

**10. ordentlicher**
**Gewerkschaftstag**
**IG Metall**
**Wiesbaden, Rhein-Main-Halle**



Motto
Macht den Unternehmern Dampf
KLASSENKAMPF
Gewidmet aus den Betrieben




# macht den Unternehmern Dampf

# KLASSENKAMPF

# eschäftsbericht & Anträge

## rstands- »Weisheiten« & mpfe und Lehren an der Betriebsbasis

letzten Gewerkschaftstag der IG
ll im September 1968 in München
en das kapitalistische System in
BRD gefestigt zu sein. Die Wirt-
ftskrise 1966/67 war überwunden,
Notstandsgesetze und das Stabili-
gesetz mit der Einrichtung der
ertierten Aktion waren verabschie-
worden. Die SPD war in der Großen
ition zum ersten Mal an der Re-
ungsmacht beteiligt. Die sozial-
nerschaftliche Politik der Ge-
schaftsführung, die Mitarbeit in
Konzertierten Aktion, das Aushan-
von Kompromissen und der Verzicht
Arbeitskämpfe, die Rücksichtnahme
die Wirtschaftspolitik von SPD-
ster Schiller - das alles schien
lgversprechend zu sein.

spontanen Streiks im September 1969
ten jedoch, daß dieser Schein trog.
n den Willen der Gewerkschafts-
ungen setzten rund 15o ooo Arbei-
der Eisen- und Stahlindustrie und
ergbau höhere Löhne vor Ablauf
Tarifverträge durch. Sicherlich
n diese Streiks nicht gegen die Ge-
schaften gerichtet - schließlich
n es im wesentlichen Gewerkschaf-
die kämpften und ihre Kämpfe or-
sierten. Aber die Streiks waren
ruck der Unzufriedenheit mit der
alpartnerschaftlichen, sich an den
ressen des SPD-Wirtschaftsministers
ller orientierenden Lohnpolitik
Gewerkschaftsführung.

### Worte des Vorsitzenden OTTO

Manchmal denkt man, man tut etwas
tes, und dann stellt sich wenig
äter heraus, daß die Kollegen
nz andere Wünsche haben", so sin-
ert Otto Brenner in Erinnerung an
e spontanen Streiks im Herbst 69.
Handelsblatt, 6.9.1971)

sehr der Vorstand der IG Metall
mit dieser Politik von den Ge-
hnissen in den Betrieben und den
eressen seiner Mitglieder entfernt
, muß er selbst zugeben: so heißt
im Geschäftsbericht 68-70, daß die
Metall "diese Streikwelle nicht
ausgesehen hatte" (S. 173). Was
ßt da IG Metall? Waren die strei-
den Gewerkschafter in den Betrieben
ihren eigenen Aktionen überrascht?
meint Kollege Mayr, aus dessen Be-
t der Satz stammt, die IG Metall
ünde nur aus Vorstandsmitgliedern
vielleicht auch noch Bezirkslei-
?
deutlicher wurde die Kluft zwi-
n kampfbereiter Basis und abwieg-
schem, jederzeit kompromißberei-
Vorstand im Herbst 1970. Diesmal
streikten annähernd eine halbe Mil-
lion Metallarbeiter und Angestellte
spontan, um ihre Forderungen durchzu-
setzen. Wohl billigte der Vorstand
diese Streiks zum Teil, andererseits
aber führte er unberührt die Verhand-
lungen mit den Unternehmern weiter
und schloß ab, obwohl in den Betrie-
ben Urabstimmungen in Gang waren.

Der 1o. ordentliche Gewerkschaftstag
der IG Metall fällt mitten in die
diesjährigen Tarifauseinandersetzungen.
Auch dieses Jahr wird der Widerspruch
zwischen sozialpartnerschaftlicher
Politik des Vorstandes und den Inter-
essen der Mitglieder in den Betrieben
deutlich: so fordern die Kollegen von
Klöckner 8o Pfennig linear pro Stunde
mehr für jeden Arbeiter und 138 DM
linear monatlich mehr für die Ange-
stellten. Die Tarifkommission des Be-
zirks Unterweser beschloß, diese For-
derung für Klöckner beizubehalten, für
die anderen Betriebe im Bezirk aber
nur 11 % zu fordern und der Bremer
Vorstand beschloß: auch für Klöckner
wird nur 11 % gefordert.

Dieses Auseinanderfallen von Vorstands-
politik, die sich orientiert an SPD-
Politik und Lohnleitlinien und damit
mehr den Unternehmern als den eigenen
Mitgliedern nutzt und den Interessen
der Gewerkschafter in den Betrieben,
die sich orientieren an der Entwick-
lung ihres Lebensstandards und den
Verhältnissen am Arbeitsplatz, wird
den Verlauf des Gewerkschaftstages
wesentlich bestimmen.

Daß der Vorstand nicht bereit ist, aus
den Erfahrungen der letzten Jahre Kon-
sequenzen für seine Politik zu ziehen,
die im Interesse der Metallarbeiter
sind, zeigt nicht zuletzt der zum Ge-
werkschaftstag vorgelegte Geschäftsbe-
richt. - Daß die Gewerkschafter in den
Betrieben begonnen haben, aus den Er-
fahrungen der letzten Jahre Schlüsse
zu ziehen, zeigt eine große Zahl der
zum Gewerkschaftstag vorliegenden An-
träge.

Im Antrag 62 der Verwaltungsstelle
Dortmund heißt es: "Staatlich verord-
nete Lohnleitlinien oder Orientierungs-
daten bei der Lohnpolitik zeigen offen
den vorgezeigten Weg, die Gewerkschaf-
ten den gesamtwirtschaftlichen und ge-
samtpolitischen Interessen einer Re-
gierungspolitik unterzuordnen. Diese
Politik dient aber einseitig den In-
teressen der konservativen Kräfte, die
die augenblicklichen Verhältnisse ze-
mentieren und notwendige Reformen ver-
hindern wollen. Eine solche Situation
verlangt eine klare gesellschaftspo-
litische Analyse mit einer gewerk-
schaftlichen Aufgabenstellung."

Aus Erfahrung mit der Tarifpolitik des Vorstandes, der es bisher verstand, sich von den Interessen der Gewerkschafter in den Betrieben zu lösen und eigene Entscheidungen zu fällen, so daß die Kampfbereitschaft der Metallarbeiter immer nur halben Erfolg brachte, sind die Anträge entstanden, die die Wahl der Tarifkommissionsmitglieder durch die Vertreterversammlungen (Anträge 49o, S 286, S 317, S 321) und eine Verstärkung des Gewichts der Tarifkommissionen (Anträge 334, 481, 482, 483, 484, 488, 489 S 149) verlangen.

Auch die Praxis von Bezirksleitern, Tarifverträge über die Köpfe der Gewerkschafter hinweg abzuschließen und die Kampfbereitschaft in den Betrieben unberücksichtigt zu lassen, findet ihren Ausdruck in den Anträgen. Gleich 22 mal taucht die Forderung nach der Wahl des Bezirksleiters auf (Anträge S 324 - S 345).

Die Erfahrung, daß das Schlichtungsverfahren nur dazu dient, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen und somit die Kampfbereitschaft in den Betrieben zu zerstören, führte zu der Forderung nach Kündigung der Schlichtungsvereinbarung. (Anträge 334, 345, 346, 347)

Die Tatsache, daß die Gewerkschaftsführung trotz anfänglich gescheiterter Tarifverhandlungen und sogar während der Durchführung von Urabstimmungen weiterverhandelte und abschloß, wird allein in 8 Anträgen kritisiert. Sie fordern: keine Verhandlungen mehr nach Scheitern der Tarifverhandlungen und vor Durchführung der Urabstimmung (Anträge 348, 349, 35o, 357) und keine Verhandlungen und Abschlüsse während laufender Urabstimmungen (Anträge 485, 486, 487 S 14o). - Ebenfalls um die Mitglieder stärker in die Tarifbewegung einzubeziehen, wird eine bessere Information über den Verhandlungsstand (Anträge 32o, 326, 333) und eine Erklärungsfrist bei Abschlüssen, um die Mitglieder zu befragen, gefordert (Anträge 353, 354, 355).

Insgesamt in 1o Anträgen wird Kritik an der bisherigen Abstimmungspraxis bei Kampfmaßnahmen und Abschlüssen geübt: statt 75 % sollen nur noch 66,66 % erforderlich sein, um Kampfmaßnahmen einzuleiten oder fortzusetzen (Anträge S 135 - S 139, S 141 - 143, S 147). Und 1t. Antrag S 148 sollen mehr als 5o % der an der Urabstimmung Beteiligten dem Verhandlungsergebnis zustimmen, bevor abgeschlossen werden kann.

Diese Anträge sind Ausdruck einer breiten Diskussion an der Basis der Gewerkschaften. Sie geben konkret Auskunft darüber, wie sich hunderttausende Metallarbeiter die künftige Tarifpolitik ihrer Gewerkschaft vorstellen. Im Gegensatz zum Geschäftsbericht des Vorstandes werden hier Ansätze einer Strategie der aktiven, an den Interessen der Metallarbeiter orientierten Tarifpolitik sichtbar.

# Vertrauensleute

Darüber hinaus haben sich die Gewerkschafter auch darüber Gedanken gemacht, wie organisatorisch sichergestellt werden kann, daß die in den letzten Jahren in den Betrieben entstandene Kampfbereitschaft weiter entwickelt werden kann. So heißt es dazu im Antrag Nr. 258 der Verwaltungsstelle Mannheim: "Die Septemberstreiks des Jahres 1969 und die vielen Warnstreiks während der Lohnbewegung im Jahre 197o

haben auf eine aktive und zugleich kritischere Haltung der Arbeitnehmer in den Betrieben aufmerksam gemacht. Die Situation muß genutzt werden, um die Gewerkschaften fester auf der Betriebsebene zu verankern. Eines der wichtigsten Instrumente dazu ist die Aktivierung unserer Vertrauensleutearbeit!

Diese Forderung ist auch in zahlreichen Anträgen enthalten. Die Verankerung der Vertrauensleute in der Satzung ist das Ziel der Anträge S 278 - S 284 und S 302 - S 313. Damit soll erreicht werden, daß die Vertrauensleute auch innerhalb der Gewerkschaftsorganisation die Bedeutung erhalten, die ihnen auf Grund ihrer Arbeit zusteht. Hierbei sind besonders die Anträge S 278 und S 279 aus Dinslaken und Düsseldorf zu beachten.

In engerem Zusammenhang mit der Forderung nach Aktivierung der Vertrauensleutearbeit steht die Forderung nach Intensivierung betriebsbezogener Bildungsarbeit. Dazu heißt es im Antrag 274 der Verwaltungsstelle Dortmund:

"Gewerkschaftliche Bildungsarbeit soll
*den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit sichtbar machen;
*von den Konflikten in Betrieb und Gesellschaft ausgehend die Arbeitnehmer befähigen, ihre Interessen zu erkennen und die Demokratisierung im Betrieb und Gesellschaft durchzusetzen;
*den Arbeitnehmern die Gewerkschaftsorganisation als einzig wirksame Interessenvertretung bewußt machen."

# Betriebsverfassungsgesetz

3o Anträge, die alle den Regierungsentwurf zum BVG kritisieren, sind an den Gewerkschaftstag gestellt worden. Das alte BVG hat fast 2o Jahre eine wirksame Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben erschwert. Jetzt soll es durch eine "moderne Neugestaltung" von der SPD/FDP-Koalition ersetzt werden.

Kernpunkt des alten geltenden Gesetzes ist der § 49. In ihm wird der Betriebsrat zur "vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber zum Wohle des Betriebes" verpflichtet. Außerdem wird besonders hervorgehoben, daß der Betriebsrat keine Arbeitskampfmaßnahmen durchführen darf. Der Interessengegensatz zwischen Lohnabhängigen und Unternehmern, der erst dann aufgehoben ist, wenn die Lohnabhängigen ihre Arbeitsbedingungen selbst bestimmen, soll durch dieses Gesetz verschleiert werden. Die Betriebsräte sollen darüber hinaus verpflichtet werden, dieses Spiel mitzumachen. Durch diesen §, auf den die Unternehmer 1952 größten Wert gelegt haben, ist die Ideologie von der Sozialpartnerschaft gesetzlich verankert worden. Durch die Unternehmerpropaganda wird den Arbeitern eingeredet, was für den Betrieb gut sei, sei auch für sie gut, und ihr Interessenvertreter, der Betriebsrat, wird gesetzlich dazu verpflichtet, alle Einflüsse vom Betrieb fernzuhalten, die den Gewinn mindern und dafür sorgen, daß die Gewinne steigen. Die Steigerung der Gewinne geht aber allemal auf Kosten der Lohnabhängigen.

Das wirksamste Mittel zur Durchsetzung von Arbeiter- und Angestelltenintereressen, der Streik, wird dem Betriebsrat im gleichen Paragraphen genommen. Durch diese Friedenspflicht kann der Betriebsrat Forderungen seiner Wähler nur als Bittsteller bei der Geschäftsleitung vortragen.

## Machtstellung des Kapitals: gesetzlich verankert

Mit diesen zentralen Vorschriften, die das ganze Gesetz bestimmen, wollten die Kapitalisten 1952 ihre Macht in den Betrieben wieder verfestigen, um ungestört von den Ausgebeuteten ihre Profite zu machen. Bei der Verabschiedung des Gesetzes 1952 haben sich SPD und Gewerkschaften gegen diese Knebelung der Interessenvertretung von Arbeitern und Angestellten gewandt. In dem Regierungsentwurf hat aber die SPD sowohl die Friedenspflicht als auch die "Zusammenarbeit zum Wohle des Betriebes" nur mit kleinen Wortumstellungen in den Paragraphen 2 und 74 wiederaufgenommen. Auch im Alternativentwurf des DGB ist beides enthalten. Für SPD und DGB ist die Sozialpartnerschaft selbstverständlich geworden. Die Kapitalisten, die die Sozialpartnerschaft nur zur Unterdrückung der Lohnabhängigen erfunden haben und sich sonst nicht daran halten, haben sich durchgesetzt.

Die Paragraphen 49 des alten und 2 und 74 des neuen Gesetzes sind die wichtigsten. Einige andere Bestimmungen aus dem Regierungsentwurf, die zum Teil hinter das alte Gesetz zurückfallen oder es auch nicht für uns akzeptabel machen, können wir hier nur kurz erwähnen.

Was der Gesetzgeber mit dem Verbot der politischen Betätigung bezweckt, ist klar: Er will verhindern, daß die Arbeiter und ihre Interessenvertreter die bestehenden Herrschaftsverhältnisse im Betrieb anzweifeln und damit sichern, daß wir uns allen Anweisungen der Unternehmer unterwerfen. Der Unternehmer muß seine Interessen im Betrieb nicht durch politische Betätigung durchsetzen, diese Interessen sind gesichert durch die Herrschaft der Unternehmer im Betrieb und der Klasse der Unternehmer in der Gesellschaft. Damit die Arbeiterklasse ihre Interessen durchsetzt, kann sie sich nicht auf die bestehenden Verhältnis-

---

GESCHÄFTSBERICHT & ANTRÄGE
Fortsetzung und Schluß von Seite 13

In den Anträgen zum 1o. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall sind somit Ansätze einer neuen Gewerkschaftspolitik erkennbar, die sich deutlich von der sozialpartnerschaftlichen Politik der Gewerkschaftsführung abgrenzen. Über eine intensive betriebsbezogene Schulung soll der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit klargemacht werden. Davon ausgehend sollen die Metallarbeiter ihre Interessen erkennen und vertreten lernen, die Vertrauensleute sollen als die gewählten gewerkschaftlichen Vertreter in den Betrieben diese Interessen sowohl den Unternehmern gegenüber als auch im Gewerkschaftsapparat geltend machen. Dem entspricht eine verstärkte Stellung der Vertrauensleute in der Organisation. So soll langfristig eine erfahrene und kampfbereite Basis in den Betrieben geschaffen werden, die der Durchsetzung der gewerkschaftlichen Interessen der Metallarbeiter gegenüber den Unternehmern dienen soll. Sicherlich steckt diese Konzeption noch in den Anfängen und es muß noch viel getan werden, um sie zu vervollständigen und zu verwirklichen. Aber anders als in den Vorstellungen des Vorstandes liegt dieser Konzeption eine wesentlich klarere gesellschaftspolitische Analyse zu Grunde und sie stellt eindeutig Aufgaben an die Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsführung hat diesem kämpferischen Konzept nichts entgegenzusetzen als Verhandlungen, Appelle und nochmals Verhandlungen auf der Grundlage der Sozialpartnerschaft.

se in Betrieb und Gesellschaft stützen. Ihre Interessen kann sie nur durchsetzen im Kampf gegen diese betrieblichen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Im Kampf um ihre Interessen kann deshalb die Arbeiterschaft nie und unter keinen Bedingungen auf politische Betätigung verzichten. Die Schaffung individueller Gruppenrechte und die Beschwerdemöglichkeiten des "einzelnen Arbeitnehmers" spalten die Belegschaft weiter auf und verhindern eine konsequente Interessenvertretung aller Arbeiter und Angestellten.

Die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates sind weiterhin so eingeschränkt, daß auf die Geschäftspolitik der Unternehmen im Sinne der Lohnabhängigen kein Einfluß genommen werden kann. Auch die Erhöhung der Zahl der Betriebsratsmitglieder kann uns nicht über den reaktionären und arbeiterfeindlichen Charakter dieses Gesetzes hinwegtäuschen.

Der Vergleich des Entwurfes mit dem geltenden Gesetz zeigt, daß das BVG in zwei Richtungen verändert werden soll:

1) planmäßiger Ausbau der Unternehmerherrschaft im Betrieb. Die Unternehmer haben nach dem Krieg ihre Herrschaft gegenüber den geschwächten und auf den Klassenkampf unvorbereiteten Gewerkschaften wieder aufgerichtet. Die Gewerkschaften waren schwach, weil ihre Führungen auf die Sozialpartnerschaft eingeschworen waren. (Der Ausbau der Herrschaft der Unternehmer im Betrieb kommt in folgenden neuen Bestimmungen zum Ausdruck: Politische Betätigung, Zutritt der Gewerkschaften zum Betrieb, Aufsplitterung der Belegschaften durch Schaffung von individuellem Gruppenrecht.)

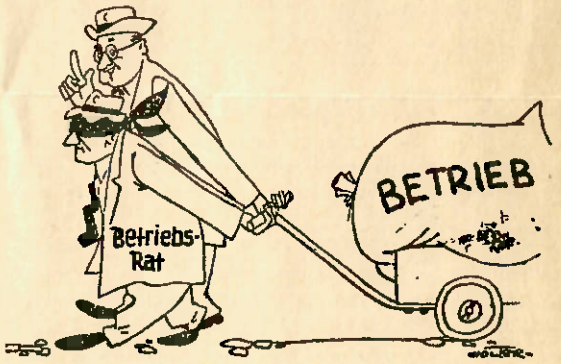
2) Veränderungen, die den Ausbau der kapitalistischen Herrschaftspositionen im BVG stützen und absichern in Richtung der Vervollständigung der Sozialpartnerschaft durch weiteres Hineinziehen des Betriebsrates in die Randbereiche der betrieblichen Herrschaftsausübung. (Erweiterung der Mitbestimmungsrechte z.B. bei der Vergabe von Werkswohnungen, Aufstellung der Urlaubspläne usw.)

Im Betriebsverfassungsgesetz von 1952 drücken sich die damaligen Machtverhältnisse aus: Das Gesetz war nicht die entscheidende Niederlage, sondern es hat die Niederlage der organisierten Arbeiterschaft im Kampf um Machtpositionen mit dem wiedererstarkenden Kapitalismus besiegelt. Es steht am Ende eines sich fast reibungslos wieder entwickelnden Kapitalismus in der BRD.

Die falsche Konsequenz aus der Niederlage von 1952 war die Drohung gegenüber der damaligen CDU/CSU-Regierung, die Arbeiterschaft werde sich dieses Gesetz nicht gefallen lassen und einen besseren Bundestag wählen. So wurde die Niederlage mehr als Abstimmungsniederlage im Parlament begriffen, denn als Niederlage der organisierten Arbeiterschaft im Kampf um die Kontrolle der wirtschaftlichen Macht des wiedererstarkenden Kapitalismus.

## Aufspaltung in wirtschaftliche und politische Interessen

Waren die Gewerkschaften im politischen Bereich auf das Parlament fixiert, so hielten sie im wirtschaftlichen Bereich an der Sozialpartnerschaft fest. Diese Trennung der Interessen der organisierten Arbeiterschaft in politische Interessen einerseits, deren Wahrnehmung der Sozialdemokratie überlassen wurde und in wirtschaftliche Interessen andererseits führte zu immer weiterer Verflachung der Gewerkschaftsbewegung. Einerseits mußte sich die Arbeiterschaft, die Mehrheit des Volkes, damit begnügen, als lausige Lobby parlamentarische Entscheidungen zu beeinflussen, andererseits begnügten sich die Gewerkschaften mit dem Aushandeln von Löhnen. Diese Ohnmacht der Gewerkschaftsorganisation, die sich in dem Auseinanderfallen von politischen und wirtschaftlichen Interessen zeigt, ermöglicht es dem Kapital, seine Position weiter auszubauen. Der neue Entwurf zum BVG zeigt das so deutlich wie die Rechtsprechung.




*„Natürlich darfst du mitziehen – aber wohin es geht, das bestimme allein ich."*

Das Kapital hat für sich selbst nie die Trennung von politischen und ökonomischen Interessen akzeptiert, ebenso wie es sich nie an die Sozialpartnerschaft gebunden sah, außer in Zeiten, wie unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, wo es schwach war und mit der Sozialpartnerschaft scheinbare Konzessionen machte, um das kapitalistische System zu retten. Ernst gemeint mit der Sozialpartnerschaft haben es nur die Gewerkschaften, zum Schaden der Arbeiterschaft. So sind die Gewerkschaften unfähig, dem Regierungsentwurf Widerstand entgegenzusetzen: um den Gesetzentwurf soll ein "begrenzter Konflikt" ausgetragen werden. Begrenzter Konflikt, das heißt Kritik an einzelnen Punkten, heißt wirkungslose Proteste, damit das ganze reaktionäre Machwerk um so sicherer verabschiedet wird.

---

Dieser Beitrag über das BVG ist noch nicht zu Ende. Bitte weiterlesen S.7

# Was der Kollege M., Delegierter aus dem Bezirk Frankfurt, so denkt, aber nicht sagt.....

Die Stammplätze auf dem Verbandstag nehmen ja meistens immer dieselben Kollegen ein. Aber ein paar Delegierte müssen doch ausgewechselt werden, wegen der Demokratie. So bin ich nach über 2o Jahren aktiver Gewerkschaftsarbeit jetzt auch mal zum Delegierten geworden.

Also, wie ich heute morgen in Wiesbaden ankam und diese Fahnen am Bahnhof und Hinweistafeln sah, so alles ganz feierlich und prächtig, da hatte ich den Eindruck, denen ist unsere Gewerkschaft ganz schön was wert. Wir haben es doch zu was gebracht.
Mein Großvater, der war ja auch schon beim Verband. Von wegen Tagesgeld und Staatsbegrüßung und Empfänge! Da war der Verbandstag noch Klassenkampf.
Das konnte man spüren, wenn er davon erzählte. Die Regierung war damals gegen die Arbeiter und ihre Ziele.
Aber heute, wenn ich das hier so sehe, weiß ich wirklich nicht so genau, wo der Staat anfängt und wo wir aus den Betrieben stehen.

Jetzt sitze ich hier in dieser Riesenhalle. Das ist ja alles prima organisiert. Man kommt sich vor wie was ganz außergewöhnliches. Mit Bergen von bedrucktem Papier vor sich.
Das Symphonieorchester, na ja, auch ganz schön. Die meinen wohl das gehört dazu, damit man mal den Lärm der Maschinen vergißt. Aber für die Kollegen, die ich hier vertrete, ist der Lärm, der Ölgestank und die Hitze in der Fabrikhalle das Alltägliche. Muß das denn hier alles so feierlich sein, so wie die da oben es machen, wenn sie was mit uns vorhaben?

Dann die ganzen Eröffnungsreden. Der Willy Brandt als Bundeskanzler. Natürlich hab ich ihn gewählt. Aber hat sich eigentlich unsere Lage dadurch verbessert? Kann einer, wenn er da oben angekommen ist, alle Interessen gleichmäßig vertreten, - die von den Industriebossen und die von uns? Ist dieser Staat, in dem jetzt die SPD regiert, kein - wie man früher sagte - Klassenstaat mehr? Ich weiß nicht, ich weiß nicht, - aber wenn ich das hier so alles sehe und höre, habe ich das Gefühl, wir sind schon ganz schön in diesen Staat hineingeraten, ohne das, was für uns wichtig ist, im Griff zu haben. Eher habe ich das Gefühl, die haben uns im Griff ...

Mensch, wie weit kommt mir das Präsidium und der Vorstand entfernt vor. Macht das nur diese große Halle oder kommt das dadurch, wie die da auf der Bühne und überall hier den Organisationsapparat rollen lassen?
Ich habe ja die Anträge gelesen, mir angestrichen, was ich für richtig halte und notiert, was meine Kollegen darüber denken. Aber das hier vorzutragen, da frei zu sprechen, wie ich das im Betrieb und in der Vertrauensleuteversammlung kann, das ist doch verdammt schwierig. Da sitzt die Presse, da steht man vor Fernsehkameras, da sitzen vor einem die ganzen Ehrengäste und das große Wort führt die Antragskommission. Was die aus so manchen Anträgen, für die ich bin, gemacht haben, das paßt mir überhaupt nicht.
Aber wie dagegen angehen? Wir aus Hessen hätten das eigentlich ganz anders vorbereiten müssen, so wie wir das wollen und nicht, wie es der Pleitgen will. Und wie den Kontakt kriegen mit den Delegierten z.B. aus Essen? Ich glaube, wir Delegierten müssen unser Auftreten hier genauso organisieren wie der Vorstand, damit wir besser zum Zuge kommen. Ist das eigentlich richtig, daß die Vorstandsmitglieder, kaum daß einer mal den Finger auf dem richtigen Loch hat, jederzeit dazwischen funken können?

Also, eigentlich komm ich mir, wenn ich ehrlich bin, ganz schön überrollt vor. Da ändert auch die schöne Tasche, die sie mir verehrt haben, nichts dran. Und den Speiseplan werde ich mal in unserer Werkskantine aufhängen. Mal sehen, was die Kollegen von Toulouser Ragout und Poulardenkeule in Rotweinsauce halten. □

KOLLEGEN DELEGIERTE AUS DEN BETRIEBEN! LASST EUCH NICHT BESTECHEN UND NICHT MANIPULIEREN. SPRECHT UND KÄMPFT FÜR DIE ANTRÄGE AUS DEN BETRIEBEN. WEHRT EUCH, WENN VORSTAND UND ANTRAGSKOMMISSION EUCH ÜBERRUMPELN WOLLEN. AUCH WENN IHR NICHT ALLE FORDERUNGEN AUS DEN BETRIEBEN DURCHSETZEN KÖNNT, VERSUCHT ES DENNOCH!